# Subventionen für politische Parteien?

Autor(en): **Schaffer, Emil**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **48 (1969)**

Heft 2

PDF erstellt am: **30.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338090

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

der Kriminalsanktion auf dessen Behebung. Wir könnten, müssten und werden am ehesten frei sein, im Verbrecher den leidenden Ausgeschlossenen zu sehen, der er ist, und gegen ihn nicht mehr Gewalt zu üben, als die Vernunft es gebietet, sondern ihn als Mitmenschen anzunehmen, damit er der Gesellschaft nicht noch weiter entfremdet, sondern sozialisiert wird.

*Emil Schaffer*

## Subventionen für politische Parteien?

Es ist längst nicht mehr zu übersehen, dass die hektische Entwicklung auf vielen Lebensgebieten einen fortlaufenden ausserordentlichen Einsatz der Parteikader sowie der Parlamentarier und Behördemitglieder zur Lösung der vielen aktuellen Sachfragen und zahlreichen Planungsaufgaben erfordert. Sie alle werden von einer gewissen Unzufriedenheit geplagt, weil der chronische Zeitmangel es nicht erlaubt, sich wirklich tiefgründig genug auch mit politischen und staatspolitischen Grundsatzfragen auseinanderzusetzen. Nicht zuletzt sollten auch die Partei- und Aktionsprogramme fortlaufend überprüft und den Verhältnissen angepasst werden.

Greifen wir einige Probleme heraus, denen seitens der Parteien kaum die ihnen zukommende Beachtung geschenkt wurde. Die Parteien überliessen es weitgehend der Neuen Helvetischen Gesellschaft, sich mit der Neufundierung des Föderalismus auseinanderzusetzen und neue Konzepte auszuarbeiten. Unsere Bildungsprobleme, nicht zuletzt die unterschiedlichen Schulsysteme, wurden in den Parteien reichlich spät und keinesfalls gründlich genug erörtert. Wir haben es bis jetzt unterlassen, uns ernsthaft Gedanken über die politischen Zukunftsfragen und Leitbilder, etwa auf dem Gebiet der Industrialisierungs-, Bevölkerungs-, Besiedlungs-, Ernährungs- und Bildungspolitik zu machen. Wir waren noch nicht in der Lage, über die weitschichtige und aufgesplitterte Diskussion hinaus eine klare Stellung zur Frage der parlamentarischen und ausserparlamentarischen Opposition einzunehmen. Es fehlt an ausreichenden, zentralen politischen Stellungnahmen zu aussenpolitischen Fragen. Wir befassen uns zu wenig mit den Zeiterscheinungen, um die Beherrschung des Geistes durch die Technik und die vielen Äusserlichkeiten zu bekämpfen. Der staatsbürgerlichen Schulung der Jugend als Garant für das Fortbestehen unserer Demokratie wird nicht die erforderliche Bedeutung bei-

gemessen, und es fehlt an eindeutigen Forderungen und Zielsetzungen zu ihrer Förderung. Es ist eine aktuelle Aufgabe, eine klare Abgrenzung zwischen den öffentlichen Aufgaben der Parteien und der Verbände auszuarbeiten. Gerade in der SPS als fortschrittlicher Partei befasst man sich zu wenig mit der Bedeutung der Erholungsräume und der möglichst weitgehenden Erhaltung einer unverfälschten Natur. Wir sollten uns auch vermehrt mit den Grundkonzepten unserer Werbetätigkeit, mit der Mitgliederwerbung befassen und den Werbefunktionären mit Richtlinien an die Hand gehen. Ein weiteres, brennend aktuelles Thema besteht in der Einflussnahme der Massenmedien auf die Politik und die politische Aufklärung der Bürger. Es ist nicht zu verkennen, dass sie den Parteien einen Teil ihrer politischen und staatspolitischen Aufklärungsaufgabe abgenommen haben.

Wenn wir uns mit den erwähnten Fragen ernsthaft auseinandersetzen, so drängt sich zwangsläufig die Frage auf, ob und wieweit es den Parteien überhaupt möglich ist, die sich stellenden Probleme überdenken und bewältigen zu können. Und da kommen wir zwangsläufig zu einer Schlussfolgerung, die man fälschlicherweise und aus Angst vor dem Krämergeist vieler Mitbürger zu Unrecht nur mit Samthandschuhen anrührt.

Wie soll man eine umfassende politische und staatspolitische Bildungspolitik betreiben, wenn Veranstaltungen und Publikationen nur in ungenügendem Ausmass finanziert werden können? – Wie kann man gründlich erarbeitete Konzeptionen über politische und staatspolitische Probleme und Aufgaben, wie politische Leitbilder über unsere Zukunftsgestaltung ausarbeiten, wenn es am Geld fehlt, um die dazu benötigten Parteifunktionäre zu besolden? Wie kann man sich, immer wenn es nötig wäre, auf Referendum und Volksinitiative ausrichten, wenn man nicht in der Lage ist, die nötigen Abstimmungskämpfe zu finanzieren?

Es sind schätzungsweise nur rund 10 Prozent der Stimmbürger in den Parteien organisiert. Die anderen 90 Prozent profitieren von der unentgeltlich und mit aufopferndem Einsatz geleisteten Arbeit der Parteien. Sie profitieren von den finanziellen Leistungen der Parteimitglieder und Mandatäre. Ich betrachte es deshalb nicht als unmoralisch und ungerecht, wenn die Parteien aus öffentlichen Finanzen in geeigneter Weise Beiträge für ihre Tätigkeit erhalten würden, eine Tätigkeit, die letztendlich für das ganze Volk geleistet wird. Gegenüber vielen Vereinen und Organisationen zeigt man seitens der öffentlich-rechtlichen Körperschaften eine offene Hand, den wichtigsten Pfeilern der Demokratie gegenüber aber ist man zugeknöpft und stellt selbst für die kleinsten Handreichungen Rechnung. Gross ist die Angst, es könnte sonst seitens kleinlicher Mitbürger Kritik erwachsen.

In fast allen Staaten werden ausgebaute Fraktionssekretariate subventioniert. Die Parlamentarier werden so gehalten, dass sie Hilfsmittel oder gar Hilfskräfte finanzieren können. Man stützt die Bedeutung und die

Funktionsfähigkeit der Parteien mit öffentlichen Beiträgen. Nennen wir nur ein Beispiel: In Schweden erhält beispielsweise jede Partei pro Sitz im Parlament 60 000 Kronen oder umgerechnet 51 000 Schweizer Franken. Die SP erhält demnach den schönen staatlichen Beitrag von – man höre und staune – 9,8 Millionen guten Schweizer Franken. In Schweden werden diese Subventionen damit begründet, dass den Parteien damit die Mitarbeit in der Demokratie gesichert werden soll.

In unserem Land schreckt man aus falscher Scham auf der Ebene der Gemeinden, der Kantone und des Bundes wegen der zu erwartenden kleinlichen Kritik davor zurück, endlich die Parteien als wichtigste Pfeiler der Demokratie anzuerkennen, zu stützen und zu fördern, damit sie ihre Aufgaben auch richtig erfüllen können. Es kommt nicht zuletzt auch deshalb zu Ungleichheiten in den politischen Aufklärungsmöglichkeiten. Parteien mit vielen gutsituierten Mitgliedern und Gönnern oder beispielsweise der Landesring mit der offiziell zugegebenen Unterstützung seitens des Migros-Genossenschaftsbundes sind bevorteilt und bewirken, dass die Spiesse ungleich lang sind.

Die Finanzmisere ist denn auch nach meiner Auffassung einer der Hauptgründe, weshalb es den Parteien an schöpferischer Tätigkeit, an Dynamik und Attraktivität fehlt. Es kann nicht alle und jegliche Arbeit den gleichen, überlasteten Leuten aufgebürdet werden, sondern es muss ganz einfach der Parteiapparat so ausgebaut werden können, dass er wirklich in genügendem Masse funktions- und aktionsfähig ist.

---

*Die Schwäche des demokratischen Sozialismus und damit der Sozialdemokratie in dieser Zeit scheint uns in dem Mangel an einer systematischen, politisch-theoretischen Orientierungsarbeit zu liegen.* Ein Beispiel dafür sind die im Eiltempo gezimmerten «Perspektiven im Übergang zu den 70er Jahren». Eine Partei, die in dem dynamischen gesellschaftlichen Prozess unserer Tage führen will, bedarf der ständigen und mobilen geistigen Orientierung, die nur in einem engen Kontakt mit der empirischen Forschung entwickelt werden kann. Unsere Demokratie ist herausgefordert. Wenn sie bestehen soll, so muss sie aus der geistigen Kraft ihrer Träger und in der permanenten Anpassung an die sich verändernden gesellschaftlichen Strukturen zu einer immer neuen Hoffnung für alle werden, denen Humanität und Gerechtigkeit keine leeren Formen sind. Voraussetzung dafür ist das offene Gespräch, die Auseinandersetzung um Demokratie und Demokratiereform in der tagespolitischen Realität.

*Waldemar von Knoeringen im «Kochel-Brief»*